

BIW *Aktuell*

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

2. Jahrgang

Ausgabe 7/2005

10.12.2005

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Teure Bundesregierung	1
Graffiti endlich strafbar	2
Kurz notiert	3
Sonderbriefmarke Max Schmeling – ein Nachwort	3
In eigener Sache	4
Unser Buchtip	5
Können Sie das lesen?	6
Der gute Rat	7
Zu guter Letzt	7
Impressum	7

Teure Bundesregierung

„Es muß gespart werden in unserem Land“, das ist eine der zentralen Botschaften, die von der neuen Bundesregierung kurz nach ihrem Amtsantritt verbreitet wurde. Daß sich dieser Sparaufruf vor allem an das gemeine Volk und weniger an die Adresse der Politiker selbst richtet, zeigt u.a. die Tatsache, daß sich die schwarz-rote Koalition in Berlin nicht nur einen zusätzlichen Minister, sondern auch insgesamt 30 Staatssekretäre leistet – 3 mehr als noch unter Rot-Grün. Der Nutzen parlamentarischer Staatssekretäre wird schon seit Jahren kritisch hinterfragt, zumal sie – anders als die 24 beamteten (politischen) Staatssekretäre – nur unbedeutende Aufgabe wahrnehmen und gegenüber den Mitarbeitern des jeweiligen Ministeriums keinerlei Weisungsbefugnis haben. Es drängt sich unweigerlich der Verdacht auf, daß diese gutdotierten und deshalb begehrten Posten 1967 vor allem deshalb geschaffen wurden, um verdiente Parteisoldaten für

treue Dienste zu entlohnen. Und als ein „Trostpflaster“ für Politiker aus den eigenen Reihen, die bei der Vergabe der Ministerämter zu kurz gekommen sind.

Gewinner im Geschacher um die Staatssekretärsposten waren diesmal u.a. Dagmar Wöhl (CSU), Peter Hinze (CDU) und Hartmut Schauerte (CDU). Alle drei Politiker dürfen zukünftig als Parlamentarische Staatssekretäre im Bundeswirtschaftsministerium wirken – neben den beiden dort bereits tätigen politischen Staatssekretären. Ob Wöhl, Hinze, Schauerte und die anderen 27 neuen Staatssekretäre auch die notwendige Qualifikation für ihre Funktionen mitbringen, soll hier nicht hinterfragt werden. Sie haben aber in jedem Fall das richtige Parteibuch in der Tasche.

Der Bund der Steuerzahler hat errechnet, daß jeder parlamentarische Staatssekretär pro

Jahr knapp 500.000 Euro kostet. Und dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- 9.850 Euro Gehalt pro Monat
- 4.054 Euro Abgeordneten-Diät pro Monat
- 5.910 Euro Weihnachtsgeld
- 2.760 Euro Dienstaufwandsentschädigung pro Jahr
- 2.691 Euro Abgeordneten-Kostenpauschale
- Dienst-Limousine (S-Klasse, Audi A8) plus Fahrer
- ein repräsentatives Büro
- ein persönlicher Referent
- eine Sachbearbeiterin
- zwei Sekretärinnen

Kein Wunder also, daß die Staatssekretärs-posten bei den Abgeordneten der Regie-

rungsfraktionen stets sehr begehrt sind – so auch bei den Volksvertretern von CDU/CSU und SPD.

Für den BIW ist klar: Die parlamentarischen Staatssekretäre müssen abgeschafft werden, denn sie kosten nicht nur viel Geld, sondern sind auch überflüssig. Schlimmer noch: Die ihnen ursprünglich zugeordnete Aufgabe, zwischen Regierungsfraktion im Bundestag und Ministerium zu vermitteln, verträgt sich bei strenger Auslegung nicht mit dem Grundgesetz, das eine klare Trennung zwischen Legislative und Exekutive vorschreibt. Mit der Figur des parlamentarischen Staatssekretärs wird also das Gewaltenteilungsprinzip als wichtige Säule des demokratischen Rechtsstaats durchbrochen.

Graffiti endlich strafbar

Graffiti-Schmierereien verursachen in Deutschland jährliche Schäden in Höhe von 200 Millionen Euro. Davon entfallen rund 100 Millionen Euro auf öffentliche Verkehrsmittel, 60 Millionen Euro auf private und 40 Millionen Euro auf öffentliche Gebäude. Das Gros der Reinigungskosten ist also vom Steuerzahler aufzubringen. Illegale Farbsprüher verschandeln das Bild unserer Städte und beeinträchtigen damit Lebens- und Standortqualität der urbanen Ballungsräume. Und sie können private Hausbesitzer in den Ruin treiben. Denn die Sprüher sind Wiederholungstäter, die bei ihren Aktionen nicht einmal vor denkmalgeschützten Gebäuden zurückschrecken.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, daß das illegale Anbringen von Graffiti bis vor kurzem nicht einmal strafbewehrt war. Denn nach Auffassung der Gerichte stellten diese Schmierereien keine Sachbeschädigung gemäß § 303 StGB dar, weil es nach Auffassung der Gerichte regelmäßig „an der Substanzverletzung oder einer nachhaltigen Beeinträchtigung der (technischen) Brauchbarkeit der besprühten

Sache“ fehlte. Diese Lücke hat der Gesetzgeber nach jahrelanger politischer Diskussion mit der Verabschiedung des neununddreißigsten Strafrechtsänderungsgesetzes (39. StrÄndG) nun endlich geschlossen. In den § 303 (Sachbeschädigung) und § 304 (Gemeinschaftliche Sachbeschädigung) ist das Strafgesetzbuch um eine neue Tathandlung ergänzt worden. Nun muß mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren oder einer Geldstrafe rechnen, wer das Erscheinungsbild einer Sache (z.B. eine Häuserwand) gegen den Willen des Eigentümers „nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend verändert“.

Es liegt nun an den Gerichten, von der neuen Gesetzeserweiterung regen Gebrauch zu machen und den gesetzten Strafrahmen konsequent auszunutzen. Denn Graffiti-Schmierereien sind weder „Kunst“ noch „Teil der internationalen Jugendkultur“, wie etwa die GRÜNEN meinen, sondern schlicht Sachbeschädigung. Und die darf auch im Interesse des grundgesetzlich verankerten Eigentumschutzes nicht als Kavaliersdelikt durchgehen.

Kurz notiert ...

Trotz erster Lichtblicke am deutschen Konjunkturhimmel wird die Zahl der Insolvenzen hierzulande im laufenden Jahr mit 136.300 Fällen ein neues Allzeithoch erreichen. Zwar ist bei den Unternehmenspleiten ein leichter Rückgang um 3,5% zu verzeichnen; dafür ist die Zahl der Verbraucherinsolvenzen mit einem Zuwachs von 35,2% aber deutlich angestiegen. Über 3,1 Millionen Privathaushalte in Deutschland gelten als überschuldet. Jeder 10. Erwachsene in der Bundesrepublik lebt auf Kredit. In mehr als 80% der privaten Insolvenzverfahren sind die Schuldner völlig mittellos. Bei den Unternehmen sind vor allem kleinere Firmen mit einem jährlichen Umsatzvolumen bis 5 Millionen Euro gefährdet, denn hier ist die Eigenkapitaldecke besonders dünn.

+++++

Nach einer Studie des US-amerikanischen Forschungsinstituts Jupiter Research ist die Zahl der Verbraucher, die sich Musik aus illegalen Tauschbörsen im Internet kostenlos herunterladen, dreimal so hoch wie die der Kunden kommerzieller Online-Shops für MP3-Files. Gerade einmal 10% der europäischen Konsumenten erklären sich bereit, für Musikdownloads zu bezahlen. Besonders bei Jugendlichen sind die Tauschbörsen sehr beliebt: 34% der Europäer im Alter zwischen 15 und 24 Jahren nutzen diese Möglichkeit, um an ihre Songs zu kommen. Demgegenüber spielt das für die Musikindustrie so wichtige Medium CD in dieser Zielgruppe eine immer geringere Rolle: 40% der

Jugendlichen, die Musik im Internet konsumieren, sind CDs zu teuer. 43% gaben an, Musik-CDs lieber zu kopieren als zu kaufen.

+++++

Die Aufwendungen des Staates für Beamtenpensionen drohen die öffentlichen Haushalte zu sprengen: Der jüngste Versorgungsbericht der Bundesregierung weist aus, daß die Versorgungsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen im Jahre 2015 insgesamt 37,2 Milliarden Euro und 2030 sogar 55,2 Milliarden Euro ausmachen werden – immer vorausgesetzt, die Beamtenbezüge steigen nicht um mehr als 1,5% per anno, bleiben also unter der aktuellen Inflationsrate. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Denn bei der Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe Post und Telekom sind die Versorgungsansprüche der dort tätigen ehemaligen Beamten auf den Bund übergegangen. Und diese Ansprüche belaufen sich mittlerweile auf 70 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Veräußerung von Post und Telekom sind in den allgemeinen Staatshaushalt geflossen und längst ausgegeben. An die Bildung von Pensionsrückstellungen hat dagegen im Bundesfinanzministerium offenbar niemand gedacht.

+++++

„Wenn man sechzehn Stunden täglich angestrengt studiert, hat man die Chance, mit sechzig Jahren so klug zu sein, wie man mit zwanzig glaubte, zu sein.“ (Mary Wilson Little)

Sonderbriefmarke für Max Schmeling – ein Nachwort

Vor einigen Tagen gab die US-Post eine Briefmarke mit dem Konterfei von Kermit dem Frosch heraus. Der hatte vor genau 50 Jahren seinen ersten Auftritt in der legendären Muppets-Show von Jim Henson. Kermit ist damit der elfte Star aus der Muppets-Truppe, der auf einem offiziellen Postwert-

zeichen der Vereinigten Staaten verewigt worden ist.

Andere Länder, andere Regeln: Während es in Amerika zu bestimmten Jubiläen sogar populäre Stoffpuppen auf Briefmarken schaffen, wird diese Ehrung hierzulande nicht einmal verdienten Persönlichkeiten

zuteil. Im Dezember 2004 hatte der BIW das Bundesfinanzministerium in Berlin, hierzulande für die Herausgabe von Postwertzeichen zuständig, gebeten, dem deutschen Boxidol Max Schmeling anlässlich seines 100. Geburtstages am 28.09.2005 eine Sonderbriefmarke zu widmen. Das wäre zumindest aus unserer Sicht eine großartige Geste gegenüber einem Mann gewesen, der sich nicht nur als Sportler, sondern auch durch sein umfangreiches soziales Engagement für Deutschland verdient gemacht hat. Zahlreiche Mitglieder und Förderer des BIW unterstützten diese Forderung und wandten sich ebenfalls an das Ministerium. Doch die Beamten winkten ab. Es gebe schließlich eine interne Selbstfestlegung, wonach mit Ausnahme des Bundespräsidenten keine lebenden Personen auf deutschen Postwertzeichen abgebildet werden dürften. Basta!

Anfang Februar diesen Jahres und damit nur wenige Wochen nach dem Start unserer

Kampagne verstarb Max Schmeling in Hamburg an den Folgen einer schweren Erkältung. Nun endlich reagierte die Ministerialbürokratie in Berlin und entsprach der Bitte des BIW. Am 8. September 2005 schließlich erschien die von uns geforderte Sonderbriefmarke zu Ehren von Max Schmeling mit dem Konterfei des berühmten deutschen Boxers. Sehr viel schneller war die Österreichische Post. In Österreich wurde bereits am 1. März und damit nur 4 Wochen nach dem Tod Schmelings ein Postwertzeichen zu Ehren des auch in unserem Nachbarland beliebten Sportlers herausgegeben.

Der BIW hält es für sehr bedauerlich, daß bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland erst nach ihrem Ableben eine postalische Ehrung zuteil werden kann. Auch der Umgang offizieller Stellen mit verdienten Staatsbürgern gibt Auskunft über den Zustand einer Nation.

In eigener Sache

BIW-Türkeikampagne geht weiter

Der BIW setzt seine Kampagne gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei auch nach dem offiziellen Beginn der Beitrittsverhandlungen konsequent fort – und das mit großer Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Derzeit wird ein Flugblatt mit unseren wichtigsten Argumenten gegen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union bundesweit über ausgewählte Medien verteilt. Außerdem haben wir einen Aufkleber zur Kampagne aufgelegt. Auf unserer eigens eingerichteten Internetseite www.tuerkei-beitritt-nein.de finden interessierte Bürger alle wichtigen Informationen zum Thema.

Die öffentliche Resonanz auf unsere Aktion ist überaus positiv und zeigt, daß die Ablehnungsfront gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei auch in Deutschland kontinuierlich wächst. Der BIW möchte sich auf diesem

Weg bei den zahlreichen Spendern bedanken, deren finanzielle Beiträge unsere wichtige Kampagne überhaupt erst möglich gemacht haben. Wenn auch Sie die Initiative der BÜRGER IN WUT mit einer Spende unterstützen wollen, dann überweisen Sie uns einen Betrag Ihrer Wahl auf das BIW-Konto bei der Sparkasse Bremen, Konto-Nr.: 1146 7677, BLZ 290 501 01, Verwendungszweck: Spende Türkei-Kampagne.

Alle Spenden an den BIW sind übrigens steuerlich voll abzugsfähig. Sie erhalten von uns eine Spendenquittung, die Sie mit Ihrer nächsten Steuererklärung beim Finanzamt einreichen können. Weitere Informationen zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden an den BIW finden Sie auf unserer Internetseite unter www.buerger-in-wut.de (Rubrik „Spenden“).

BIW-Infos per Post

Der BIW verschickt Informationen nicht nur per E-Mail, sondern läßt seinen Förderern und Interessenten ergänzende Mitteilungen auf dem Postweg zukommen. Wenn auch Sie in unseren Postverteiler aufgenommen werden wollen, dann geben Sie uns einfach Ihre

Anschrift per E-Mail an info@buerger-in-wut.de bekannt. Oder senden Sie uns ein Fax an die Nummer 0 30 / 53 21 48 92. Ihre Daten werden von uns selbstverständlich streng vertraulich und im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen behandelt.

Unser Buchtip

„Die Mitnehmgesellschaft. Die Tabus des Sozialstaats“

„Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der größten Krise ihrer Geschichte, ökonomisch und gesellschaftlich.“ Das ist der Eingangssatz und zugleich das publizistische Leitmotiv für das neue Buch von Jochen Kummer und Joachim Schäfer. Sein Titel: *Die Mitnehmgesellschaft. Die Tabus des Sozialstaats*. Es sind, so die Autoren, vier große „politisch korrekte“ Tabus, die einem freien und ehrlichen Diskurs in Deutschland entgegenstehen. Diese Tabuthemen sind der Patriotismus, die Zuwanderung, die Plünderung der Sozialsysteme und die Ausländerkriminalität. Die „deutsche Gesinnungsdiktatur“ beschreiben die Autoren treffend mit folgendem Satz: „Die einen wagen nicht zu sagen, was sie denken, und andere denken beileibe nicht, was sie sagen.“

Eine dichte Decke aus Heuchelei und Pharisäertum liege über Deutschland, so Kummer und Schäfer. Darunter breite sich gesellschaftszersetzende Fäulnis und finanzieller Bankrott aus. Die Autoren reißen diese Decke weg und bedienen sich dabei einer erfrischend deutlichen Sprache. Das zeigen schon die gewählten Überschriften über den vier Kapiteln des Buches: I. Patriotismus gegen Gesinnungsdemokratie. Wer sich zum Vaterland bekennt, wird schnell verfemt. II. Asylmißbrauch und Türkenstrom. Die Deutschen werden Fremde in ihrem eigenen Land. III. Staatsknete als Stütze – Sozialhilfe und Sozialhilfemißbrauch in Deutschland. IV. Auslän-

derkriminalität – Die Angst vor der Wahrheit. Nicht nur Terroristen bedrohen die innere Sicherheit Deutschlands.

Die Autoren haben vor allem zwei Waffen ausgemacht, mit denen die „Diktatur der Political Correctness“ ihr Meinungsmonopol verteidigt und jeden diffamiert der es wagt, politische Ansichten zu vertreten, die nicht ins linke Weltbild passen: Die Faschismuskeule und der Antisemitismusvorwurf. Diese Waffen richten sich beileibe nicht nur gegen Rechtsextremisten, sondern auch gegen ausgewiesene Demokraten aus dem bürgerlich-konservativen Lager. Die Liste der Persönlichkeiten, die im Laufe der letzten Jahrzehnte der politischen Korrektheit in Deutschland zum Opfer gefallen sind, ist lang: Der baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger, Bundestagspräsident Philipp Jenninger, der Unions-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, Steffen Heitmann, und General a.d. Gerd Schultze-Ronhof gehören ebenso dazu wie der Schriftsteller Martin Walser, der geschafte CDU-Abgeordnete Martin Hohmann und der Kommandeur der Elite-truppe KSK, Brigadegeneral Reinhard Günzel. Kummer und Schäfer zeichnen den Ablauf der Ereignisse für jeden dieser Fälle akribisch nach und leuchten die politischen Hintergründe aus. Schon diese Arbeit ist verdienstvoll, werden dem Leser doch wichtige Zeitdokumente in gebündelter Form an die Hand gegeben.

Das Buch bringt jene traurige Wahrheit ans Licht, für die folgende Aussage von Steffen Heitmann exemplarisch ist: „Ich lebte in der irrigen Ansicht, daß wir uns durch die friedliche Revolution und durch die Wiedervereinigung die Meinungsfreiheit erstritten hätten. Ich habe zu spät gesehen, daß es auch im Westen eine wirkliche Meinungsfreiheit nicht gibt.“

Einer kritischen Analyse wird auch die Rolle der Medien als Speerspitze des linken Tugendterrors unterzogen. So diffamierte beispielsweise die Illustrierte „Stern“ den christkonservativen CDU-Politiker Martin Hohmann wegen seiner als „antisemitisch“ gezeichneten Tätervolk-Rede als „lupenreinen Goebbels“. Wenn es dagegen gilt, zu Unrecht beschuldigte Personen öffentlich zu rehabilitieren, hält sich die Presse auffallend bedeckt. So geschehen im Fall Filbinger, der – wie sich im Nachhinein herausstellte – Opfer „einer der spektakulärsten Erfolge“ der Desinformations-Spezialisten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit geworden war.

Im Kapitel „Asylmißbrauch“ zeigen die Autoren eine ganze Palette raffiniertester Tricks und Machenschaften auf, mit denen ausländische Betrüger in Deutschland Hunderte Millionen Euro an Steuergeldern ergaunern. Viele der geschilderten Fälle offenbaren ein fast schon rekordverdächtiges

Niveau an krimineller Energie. Und nicht selten steht der Mißbrauch staatlicher Sozialleistungen am Beginn einer folgenschweren Verbrecherkarriere.

Es ist in vielerlei Hinsicht gefährlich geworden, in Deutschland zu leben. Kummer und Schäfer sprechen in ihrem Buch unbequeme Wahrheiten aus mit dem Ziel, die Tabus zu brechen und eine offene Diskussion der aufgezeigten Probleme anzustoßen. Denn nur wer bestehende Defizite ohne Scheuklappen zur Kenntnis nimmt, wird auch Lösungen entwickeln können. Wenn Demokraten die Probleme dagegen ignorieren, überlassen sie das Feld den politischen Extremen. Und das kann weder im Interesse der deutschen Mehrheitsgesellschaft noch der bei uns lebenden Ausländer sein, die selbst unter dem Bankrott der Sozialsysteme und der wachsenden Kriminalität zu leiden haben. Jochen Kummer und Joachim Schäfer haben deshalb ein wichtiges und mutiges Buch geschrieben, das sich gegen das verhängnisvolle Schweigekartell aus Politik und Medien und damit gegen den gesellschaftlichen Niedergang unseres Landes richtet.

(Jochen Kummer und Joachim Schäfer: „Die Mitnehmgesellschaft. Die Tabus des Sozialstaats“, Universitas, München 2005. ISBN 3-8004-1471-6, 16,90 €)

Können Sie das lesen?

Gmäß eneir Sutide eneir elgnihcesn Uvini-
nisterät ist es nchit witihecg, in wlecehr Rne-
flogheie die Bstachuebn in eneim Wrot snid,
das ezniige Wticghie ist, daß der estre und
der leztte Bstabchue an der ritihcegn Pstioion
snid.

Der Rset knan ein ttoaelr Bsinöldn sien,
tedztorm knan man ihn onhe Pemoblre lseen.
Das ist so, wiel wir nciht jeedn Bstachuebn
enzelin leesn, snderon das Wrot als Gsea-
tems.

Der gute Rat

Wußten Sie eigentlich, daß auch Ihr Handy über eine eigene, einmalige Seriennummer verfügt? Wenn Sie sich diese Seriennummer anzeigen lassen wollen, dann drücken Sie einfach die Tastenkombination *#06# auf Ihrem Mobiltelefon. Diese Nummer sollten Sie sich gut merken oder besser noch notieren und an einem sicheren Ort verwahren. Denn wenn Ihr Handy einmal gestohlen wird, können der Hersteller bzw. der Händler mit Hilfe der Nummer die Nutzung sperren. Ein Dieb kann dann mit dem Gerät nichts mehr anfangen. Diese Sperre läßt sich übri-

gens auch durch das Einsetzen einer neuen SIM-Karte nicht umgehen.

Es ist also recht einfach, Handyräubern das Geschäft zu verderben. Um so unverständlicher ist es, daß der Verbraucher nicht schon beim Kauf auf diese Option hingewiesen wird. Wenn nämlich jeder Handybesitzer sein Mobiltelefon bei Verlust unter Angabe der Seriennummer sofort sperren ließe, würde das die Zahl der Diebstähle beträchtlich senken. Denn ein Handy, das nicht mehr funktioniert, läßt sich auf dem Schwarzmarkt kaum noch absetzen.

Zu guter Letzt

Wer waren die ersten drei Politiker? - Die Heiligen Drei Könige! Sie legten die Arbeit

nieder, zogen schöne Gewänder an und gingen auf Reisen.

+ + +

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählerversammlung Bürger in Wut, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin. Telefon 01805 – 72 44 55. Fax 030 - 53 21 48 92. E-Mail: info@buenger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter www.buenger-in-wut.de.